



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

7. März 2013

Verlängerung der Arbeitsverträge der 2012 neu eingestellten Schulsozialarbeiter/innen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchhorn,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der entsprechenden Gremien und des Rates der Stadt Leverkusen:

Die Verwaltung prüft die unbefristete Verlängerung der Arbeitsverträge der – mithilfe der Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket – 2012 für zwei Jahre zunächst befristet eingestellten 13 Schulsozialarbeiter/innen.

Begründung:

Im Juli 2011 hatten die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Unabhängigen (damals Freie Wähler) den Antrag gestellt, 13 neue Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mithilfe der Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket für zunächst zwei Jahre befristet einzustellen. Diese Verträge laufen Ende 2013 aus.

Aus Gesprächen mit den Schulleiterinnen und Schulleitern aller weiterführenden Schulen in Leverkusen haben wir erfahren, dass der Bedarf an dieser Form der sozialen Unterstützung der Kinder neben dem normalen Unterricht besonders hoch ist und immer weiter steigt. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter haben sowohl die notwendige Qualifizierung als auch einen größeren Zeitrahmen zur Verfügung, um auf die Kinder und deren zumeist außerschulische Probleme einzugehen. Es entstehen enge Vertrauensverhältnisse, die für die Entwicklung des Kindes von immenser Bedeutung sind. Dies wirkt sich auch positiv auf das Lernverhalten und die schulische und anschließend berufliche Perspektive des Kindes aus.

Aus den genannten Gründen ist die Fortführung der für die Schulen so wichtigen Sozialarbeit zwingend. Situationen der Unsicherheit und Unstetigkeit sind gerade in diesem Bereich weder für die Schülerinnen und Schüler noch für die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter hilfreich. Die Arbeit, die geleistet wird, dient auch maßgeblich den Lehrkräften, die sich durch die professionelle Unterstützung voll auf ihre Lehrtätigkeit konzentrieren können. Eine Fortführung des zunächst befristeten Projekts ist deshalb unbedingt erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Marewski
(Ratsherr)

CDU

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Die Unabhängigen